

SOLOTHURN

STADT UND KANTON

Tierquäler haben Sondertrupp am Hals

Tierschutz Die Solothurner Kantonsbehörden ziehen die Schraube an – Tierschützer sind erfreut

VON STEFAN FRECH

Die kantonalen Straf- und Verwaltungsbehörden werden immer schlagkräftiger im Kampf gegen Tierschutzdelikte. Seit die Tierschutz-Fachstelle im Veterinärdienst im Juli 2009 ausgebaut wurde (wir berichteten), werden im Kanton Solothurn immer mehr Personen strafrechtlich verfolgt, die ihre Tiere misshandeln oder vernachlässigen. Im Jahr 2010 wurden 75 Tierhalter angezeigt, und die Staatsanwaltschaft hat 61 Strafverfahren abgeschlossen – doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Der Kanton Solothurn hat sich damit zu einem Musterknaben gemausert: Im Verhältnis zur Wohnbevölkerung wurden schweizweit am viertheligen Tierschutzstrafverfahren durchgeführt. Darunter befanden sich üble Fälle wie ein Bauer, der seine Kühe knöcheltief im Stallmist stehen liess (siehe Artikel rechts unten «Mehrere Tiere mussten sterben»).

Im Jahr 2011 ist die Zahl der Tierschutzstraffälle nochmals stark gewachsen: 166 Anzeigen gingen bei der Staatsanwaltschaft ein, 79 Personen wurden bestraft. «Dieser Anstieg ist erfreulich», sagt Vanessa Gerritsen von der Stiftung für das Tier im Recht. «Er zeigt, dass der Kanton Solothurn den Vollzug des Tierschutzgesetzes ernst nimmt.» Sowohl Gerritsen als auch Kantonstierärztin Doris Bürgi Tschan gehen nämlich davon aus, dass es insgesamt nicht mehr Tierquälereien gibt, sondern mehr Fälle angezeigt werden.

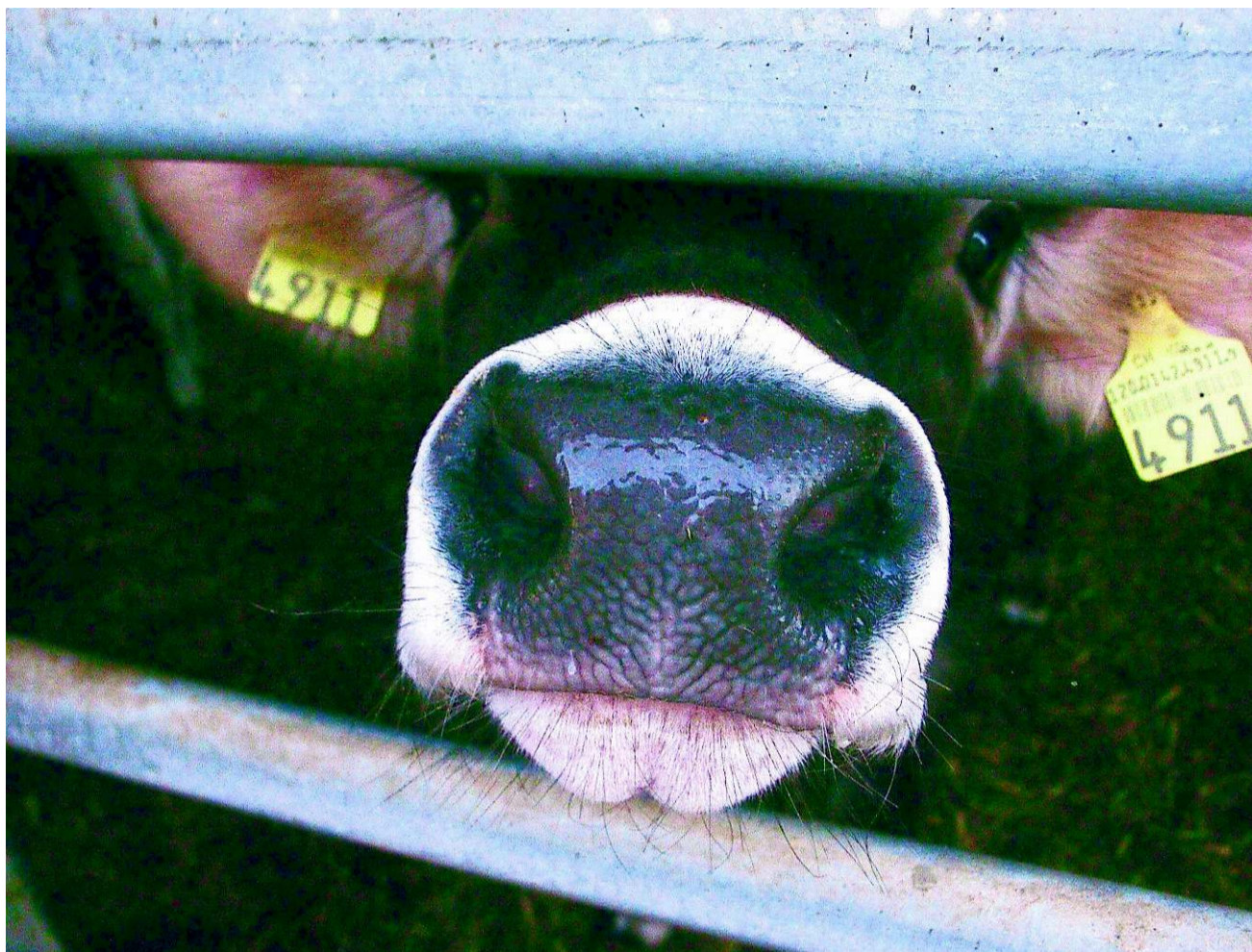
Zehn spezialisierte Polizisten

Nicht nur die stark gestiegene Zahl von Anzeigen lässt Tierschützer hoffen, sondern auch die Spezialisierung, die bei den Solothurner Strafverfolgungsbehörden stattgefunden hat. Seit 2007 beschäftigen sich bei der Staatsanwaltschaft zwei Staatsanwältinnen und zwei Untersuchungsbeamte unter anderem mit den Tierschutzfällen, und bei der Kantonspolizei wurde im April 2011 eine Sondergruppe «Tier und Umweltschutz»

«Im Kanton Solothurn tut sich bei der Verfolgung von Tierschutzdelikten einiges.»

Vanessa Gerritsen, Stiftung für das Tier im Recht

(inklusive Fischereiaufsicht) gebildet. Die zehn Polizistinnen und Polizisten verrichten ihre Arbeit weiterhin in ihrem angestammten Gebiet, sie werden aber in den Bereichen Tier- und Umweltschutz aktiv, wenn Ermittlungen, Einvernahmen von Be-



Im Kanton Solothurn wurden 2010 mehrere Kühe äusserst schlecht behandelt.

THEMENBILD/NADJA TRATSCHIN

■ ERSCHRECKENDE BEISPIELE: MEHRERE TIERE MUSSTEN STERBEN

Ein Blick in die 2010 von der Solothurner Staatsanwaltschaft gefällten Strafbefehle zeigt traurige Beispiele von Tierquälereien. Ein Bauer wurde zu einer Geldstrafe von 800 Franken und einer Busse von 500 Franken verurteilt, weil er seine Kühe stark vernachlässigt hatte. Die Tiere standen knöcheltief im Dreck, bestehend

aus Mist und Gülle. Da der Bauer zu viele Kühe im Stall hielt, konnten sich nicht alle hinlegen. Mehrere Kühe waren bei der Kontrolle krank, ein Tier lahmt und musste getötet werden. Ein anderer Solothurner hat vier Kühe mit einem festen Gegenstand verletzt. Die Tiere wiesen massive innere Verletzungen auf, wobei zwei Kühe an ih-

ren schweren Verletzungen starben. Aufgrund der angeborenen Hirnfunktionsstörung des Täters wurde das Strafverfahren wegen Unzurechnungsfähigkeit eingestellt. Auch Haustiere mussten 2010 leiden: Ein Mann wurde zu einer bedingten Geldstrafe von 450 Franken verurteilt, weil er seinen Hund miss-

handelt hat. Er führte seinen Hund in einer Tasche im Zug mit. Als dieser bellte und wimmerte, schlug der Mann mit der flachen Hand kräftig auf den Kopf seines Hundes. Eine Zuggassagierin sprach den Täter auf sein Verhalten an, worauf dieser die Tasche mit dem Hund an das Fenster des gegenüberliegenden Zugabteils warf. (SFF)

schuldigten oder Kontrollen (zusammen mit dem Veterinärdienst oder dem Amt für Umwelt) nötig werden. «Die zehn Polizisten wurden aufgrund ihrer Kenntnisse im Tier- und Umweltbereich ausgewählt», erklärt Niklaus Büttiker, Verantwortlicher der Sondergruppe. «Seither werden sie laufend weitergebildet, etwa in Fragen der Hundehaltung oder der Tiertransporte.»

Die Sondergruppe Tier und Umweltschutz wurde auf Veranlassung von Polizeikommandant Thomas Zuber ins Leben gerufen. Die Gründe: die steigende Zahl von Anzeigen in den Bereichen Tier- und Umweltschutz sowie die nationale Abstimmung zur Tierschutzanwaltschaft-Initiative

im März 2010. «Diese wurde zwar abgelehnt, aber immerhin 31 Prozent der Solothurner haben mit ihrem Ja gezeigt, dass ein Bedürfnis für eine konsequente Verfolgung von Tierschutzdelikten besteht», erklärt Büttiker. Seit acht Monaten ist die Sondergruppe nun im Einsatz und hat rund 15 Kontrollen zusammen mit dem Veterinärdienst durchgeführt.

Weitere Spezialisierung möglich

Kantonstierärztin Bürgi Tschan ist froh um die Unterstützung der spezialisierten Polizisten. Auch Büttiker äussert sich lobend über die Zusammenarbeit mit dem Veterinärdienst und die Arbeit seiner Truppe. Er könnte sich gut vorstellen, dass in

Zukunft wie im Kanton Bern ein spezieller Dienst geschaffen wird. Bei der Berner Kantonspolizei beschäftigen sich drei Polizisten ausschliesslich mit Tierschutzfällen. Damit würde die Polizei im Bereich Tierschutz noch schlagkräftiger. Bei der Stiftung für das Tier im Recht ist man bereits über die Bildung der schweizweit einzigartigen Sondergruppe erfreut: «Das ist hervorragend», sagt Gerritsen. «Im Kanton Solothurn tut sich bei der Verfolgung von Tierschutzdelikten einiges.» Die Entwicklung der Solothurner Fallzahlen bestätige die Erfahrungen aus anderen Kantonen, wonach spezialisierte Stellen zu einem erheblich verbesserten Tierschutzvollzug beitragen.

Schweigen der Regierung irritiert

Interpellation zur Nagra Die Arealvorschlüsse der Nagra für Oberflächenanlagen zu Tiefenlagern für radioaktive Abfälle (wir berichteten), hat in den betroffenen Kantonen ein grosses Echo ausgelöst – ausser im Solothurner Rathaus. SP-Kantonsrat Urs Huber (Oberbögggen) stellt irritiert fest: «Der Solothurner Regierungsrat war die einzige betroffene Regierung, die nicht reagierte. Das hat viele Fragezeichen ausgelöst, das Stillschweigen wird als Kopfnicken aufgefasst, die Betroffenen verstehen diese Haltung nicht und fühlen sich alleingelassen.»

In einer Interpellation, die er in der heutigen Kantonsratssession dringlich erklären lassen will, fragt Erstunterzeichner Huber die Regierung nach den Gründen für deren «Zurückhaltung». Weiter soll der Regierungsrat erläutern, wie er das Vorgehen und die konkreten Pläne der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) in dicht besiedeltem Gebiet beurteilt. Insbesondere interessiert ihn eine Einschätzung der Tatsache, «dass für so genannte Oberflächenanlagen Areale parzellengenau definiert wurden, obwohl weder die Standortgebiete noch allenfalls die genaue Lage einer Lagerstätte innerhalb eines solchen Gebietes bekannt sind». Schliesslich will Huber wissen, ob «irgendwelche kantonalen Instanzen bei der Entscheidungsfindung für die Wahl der zwei Areale in Däniken beteiligt» waren.

Das Vorgehen der Nagra lasse den «Verdacht auf eine politische Abstimmung aufkommen», schreibt der Interpellant. Dies nach dem Motto: «Wo ist ein Lager, eine Oberflächenanlage am einfachsten realisierbar, wo ist mit dem kleinsten Widerstand zu rechnen?»

Baudirektor Walter Straumann (CVP) hat das regierungsrätliche Schweigen gegenüber dieser Zeitung am Samstag erklärt: In der aktuellen Phase des Verfahrens sei es Sache der eigens gebildeten Regionalkonferenz, Stellung zu nehmen. Dem wolle man nicht vorgreifen. Straumann: «Daran halten wir uns.» (UMS.)

Neue Ausbildung der Spitäler AG

Pflege Mit der Ausbildung Assistentin/Assistent Gesundheit und Soziales startet die Solothurner Spitäler AG (soH) am 1. August 2012 mit einer neuen beruflichen Grundausbildung. Es handelt sich um eine zweijährige Lehre, welche mit einem eidgenössischen Berufsattest abschliesst und sich bewusst an Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit einem kleineren schulischen Rucksack richtet. «Assistentinnen und Assistenten Gesundheit und Soziales übernehmen in einem Pflegeteam einfachere Betreuung- und Pflegearbeiten», schreibt die soH in einer Mitteilung. Die jungen Lernenden unterstützen die Patienten etwa bei der Körperpflege und der Einnahme des Essens oder verrichten einfachere Hausarbeiten im Wohnbereich der Klienten. Diese neue Attestausbildung sieht die soH auch als Massnahme gegen den prognostizierten Mangel an Pflegefachkräften. Dieses Jahr werden drei Ausbildungsplätze an den Standorten Solothurn, Olten und in den Psychiatrischen Diensten in Solothurn angeboten. Alle Informationen unter www.so-h.ch/ausbildung. (MGT)

Finanzdirektor Christian Wanner wegen Herzproblemen im Spital

Regierungsrat Wie die Solothurner Staatskanzlei gestern Morgen mitteilte, musste Finanzdirektor Christian Wanner letzte Woche wegen Herzrhythmusstörungen hospitalisiert werden und sich im Insepspital in Bern einem routinemässigen Eingriff (Ballondilatation) unterziehen. Dabei wurden Blutgefässe mithilfe eines Ballons durchlässig gemacht. «Der Eingriff verlief ohne Komplikationen», heisst es in der Medienmitteilung. Wanner befindet sich noch im



Regierungsrat Christian Wanner hatte Herzrhythmusstörungen. FG

Spital und wird sich nun einige Zeit schonen müssen. Bau- und Justizdirektor Walter Straumann übernimmt bis auf Weiteres Christian Wanners Stellvertretung als Finanzdirektor. Die Amtsgeschäfte werden durch Wanners Departementsstab und die Amtschefs bearbeitet. Wie lange Wanner nicht als Regierungsrat arbeiten kann, ist laut Landammann Peter Gomm offen. «Das entscheiden die Ärzte und Christian Wanner.» Gomm versichert jedoch

auf Anfrage: «Es geht ihm den Umständen entsprechend gut.» Christian Wanner (FDP) gehört seit 1995 der Kantonsregierung an. Er wird bei den nächsten Wahlen 2013 nicht nochmals antreten.

Wanner ist auch Präsident der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren und Finanzdirektoren. Die Stellvertretung bei der Konferenz übernimmt zwischenzeitlich deren Vizepräsident und Zuger Regierungsrat Peter Hegglin (CVP). (SKS, SDA, SFF)